



November 2006

Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und acht Tageszeitungen

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Untersuchungsanlage

ARD - DeutschlandTREND November 2006

Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und acht Tageszeitungen

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit:	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe:	Repräsentative Zufallsauswahl / Randomstichprobe	
Erhebungsverfahren:	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl:	1.000 Befragte (700 West / 300 Ost) Sonntagsfrage: 1.500 Befragte (1.104 West / 396 Ost)	
Erhebungszeitraum:	30. bis 31. Oktober 2006 Sonntagsfrage: 30. Oktober bis 01. November 2006	
Fehlertoleranz:	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 % ** bei einem Anteilswert von 50 %	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Richard Hilmer Reinhard Schlinkert	 030/533 22 - 113  0228/329 69 - 3

Berlin, November 2006
42.80.44017

Analyse

ARD-DeutschlandTREND November 2006

Die Beteiligung der Bundeswehr an internationalen Friedenseinsätzen wird von einer Mehrheit der Bevölkerung grundsätzlich befürwortet (57 Prozent), 39 Prozent sprechen sich dagegen aus. Angesichts von zehn Auslandseinsätzen der Bundeswehr plädieren sieben von zehn Bürgern (69 Prozent) für eine Reduzierung des Engagements. Die zuletzt bekannt gewordenen Skandalfotos aus Afghanistan haben dem Ansehen der Bundeswehr insgesamt offenbar nicht geschadet, denn die Truppe genießt weiterhin das Vertrauen einer deutlichen Bevölkerungsmehrheit (59 Prozent).

Aus Sicht der Bevölkerung wird das Gerechtigkeitsdefizit in Deutschland immer größer: Zwei Drittel (66 Prozent) sind der Meinung, dass es hierzulande eher ungerecht zugeht. Jeder Dritte sieht sich mittlerweile als Verlierer der gesellschaftlichen Entwicklung (32 Prozent).

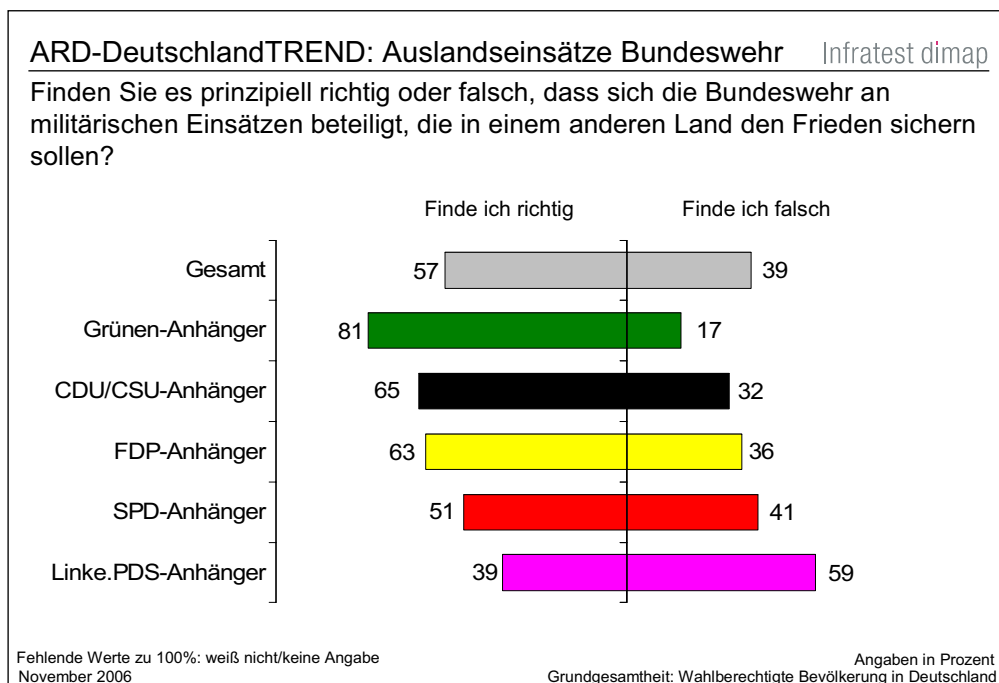
Die Zufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung ist weiterhin auf einem Tiefstand (19 Prozent). Eine relative Mehrheit von 35 Prozent ist sogar der Meinung, dass Schwarz-Rot eine schlechtere Arbeit macht als die rot-grüne Vorgängerregierung. Fast alle abgefragten Politiker müssen Ansehensverluste hinnehmen. Mit der Arbeit von Bundeskanzlerin Merkel sind nur noch 47 Prozent der Deutschen zufrieden, der niedrigste Wert seit ihrem Amtsantritt vor einem Jahr. Auf einem Tiefstand befindet sich derzeit auch das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des politischen Systems: Derzeit sind nur noch 49 Prozent mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland zufrieden, ein Jahr zuvor waren es noch 60 Prozent.

In der aktuellen politischen Stimmung liegen die beiden großen Parteien Kopf-an-Kopf. Wenn bereits am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, kämen CDU/CSU und SPD auf jeweils 31 Prozent. Für die Union bedeutet dies im Vergleich zum Vormonat ein leichtes Plus von einem Punkt, für die Sozialdemokraten ein Minus von zwei Punkten. Die FDP käme erneut auf einen Stimmenanteil von 13 Prozent. Auch die Linkspartei.PDS kann ihren Wähleranteil von 9 Prozent halten. Die Grünen können sich durch ein Plus von 2 Punkten auf derzeit 12 Prozent der Stimmen verbessern. Für die Ökopartei ist dies der beste Wert seit Januar 2005. Derzeit ist die Verunsicherung bei den Wahlberechtigten besonders groß – der Anteil der Unentschiedenen und Nichtwähler erreicht mit 36 Prozent erneut einen Höchststand in der laufenden Legislaturperiode. Vor allem Personen, die bei der Bundestagswahl Union oder SPD wählten, sind derzeit massiv verunsichert.

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des DeutschlandTREND vom November, den Infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und von acht Tageszeitungen erstellt hat. Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung wurden in der Zeit vom 30. bis 31. Oktober 1.000, für die Sonntagsfrage vom 30. Oktober bis 1. November 1.500 wahlberechtigte Personen telefonisch befragt. Die Anlage der Erhebung lässt verallgemeinerungsfähige Aussagen für alle Wahlberechtigten in Deutschland zu, bei einer Fehlertoleranz von plus/minus 1,4 bis 3,1 Prozentpunkten.

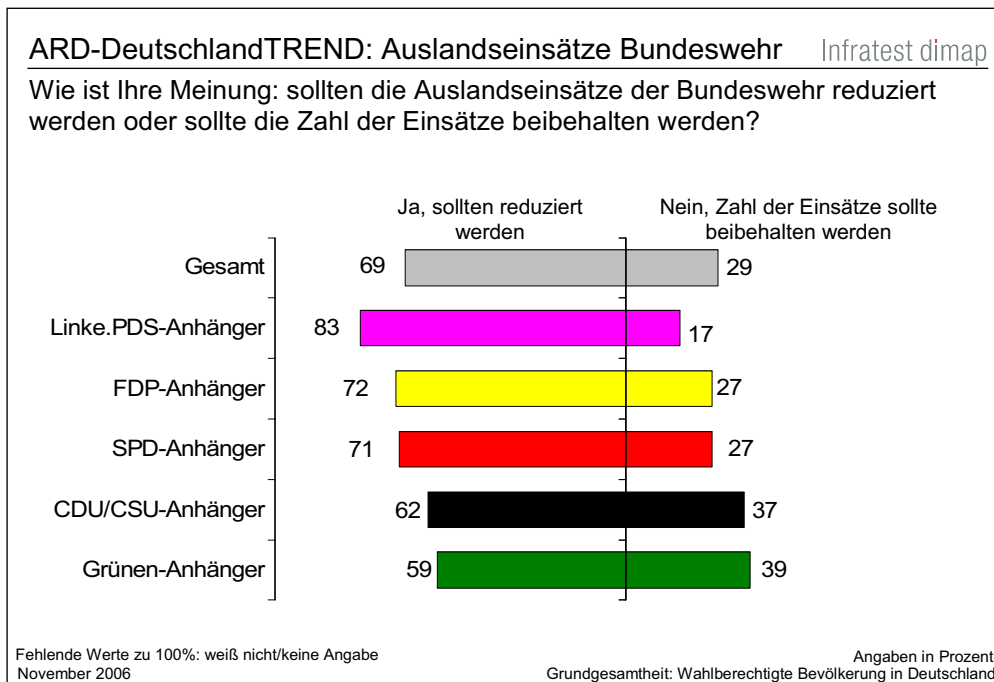
Auslandseinsätze der Bundeswehr: Grundsätzlich ja, aber in reduziertem Umfang

Die Bundeswehr beteiligt sich mittlerweile in zehn Ländern an internationalen Einsätzen zur Schaffung und Sicherung des Friedens. Seit einigen Tagen wird nun darüber diskutiert, ob die Bundeswehr mit diesen Verpflichtungen nicht allmählich überfordert sei und deshalb eine Reduzierung der Auslandseinsätze erforderlich ist. Verteidigungsminister Jung hat bereits angekündigt, dass ein Rückzug der deutschen Soldaten aus Bosnien-Herzegowina bevorstehen könnte. Grundsätzlich wird die Beteiligung der Bundeswehr an internationalen militärischen Einsätzen zur Friedenssicherung von einer Mehrheit der Bevölkerung befürwortet (57 Prozent), dagegen sprechen sich 39 Prozent aus.



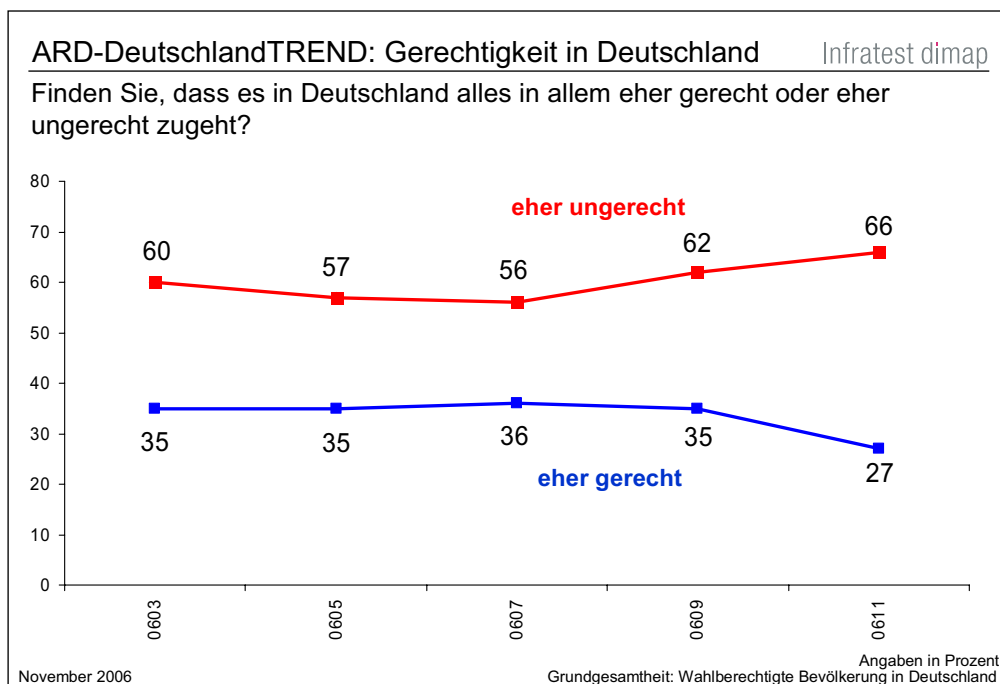
Mit Ausnahme der Linkspartei.PDS, deren Anhänger Auslandseinsätze mehrheitlich (59 Prozent) ablehnen, überwiegt in allen Anhängerschaften eine positive Bewertung.

So groß die prinzipielle Unterstützung für Auslandseinsätze der Bundeswehr ausfällt, eine Mehrheit fordert eine Reduzierung des internationalen Engagements. Sieben von zehn Bundesbürgern (69 Prozent) halten es für geboten, dass sich die Bundeswehr von der einen oder anderen Mission zurückzieht, während eine Minderheit von 29 Prozent dafür plädiert, alle Einsätze wie bisher weiter zu führen.



Gerechtigkeitsdefizit in Deutschland wird größer

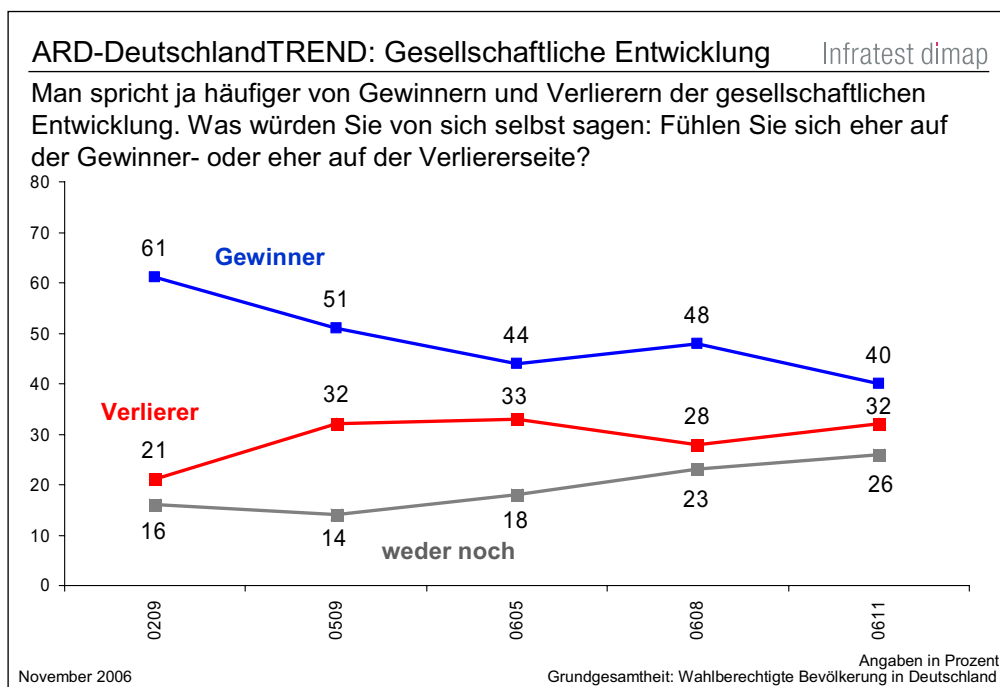
Alle politischen Parteien haben sich die Wahrung einer gerechten Gesellschaftsordnung auf die Fahnen geschrieben – wenn auch in unterschiedlichen Deutungen als Chancen- oder als Verteilungsgerechtigkeit. Aus Sicht der Bürger sind in Deutschland gerechte Verhältnisse immer weniger gewährleistet: Derzeit sind nur noch 27 Prozent der Meinung, dass es hierzulande gerecht zugeht. Zu Beginn des Jahres waren es noch 35 Prozent. Demgegenüber vertreten aktuell 66 Prozent die Auffassung, dass es keinen angemessenen Ausgleich zwischen den gesellschaftlichen Gruppen gibt, nach 60 Prozent zu Jahresbeginn.



Die Bürger in den neuen Bundesländern, Personen mit niedriger Schulbildung, Arbeiter und Arbeitslose sowie die Anhänger der Linkspartei.PDS machen überdurchschnittlich häufig ein Gerechtigkeitsdefizit aus.

Ein Drittel sieht sich auf der Verliererseite

Mit der Wahrnehmung einer größer werdenden Gerechtigkeitslücke geht ein wachsender Anteil von Personen einher, die sich als Verlierer der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den letzten Jahren fühlen. Derzeit sehen sich 32 Prozent der Deutschen eher auf der Verliererseite der Gesellschaft. Vier von zehn (40 Prozent) erklären, dass ihnen der Gang der Dinge eher Vorteile bringt. Ein Viertel (26 Prozent) fühlt sich weder der einen noch der anderen Seite zugehörig.



Vor vier Jahren fühlte sich noch eine Mehrheit als Gewinner des gesellschaftlichen Wandels (61 Prozent), nur jeder Fünfte sah sich als Verlierer (21 Prozent).

Auf der Verliererseite sehen sich überdurchschnittlich häufig Bürger mit niedrigen Bildungsabschlüssen, Arbeiter und vor allem Arbeitslose. Bei den Anhängern der Linkspartei.PDS und den Nichtwählern überwiegt ebenfalls das Gefühl vom gesellschaftlichen Fortschritt nicht zu profitieren.

Vertrauen in Institutionen: Parteien und Großunternehmen am unteren Ende der Skala

Das Vertrauen, das die Bevölkerung in die verschiedenen öffentlichen Institutionen setzt, variiert deutlich. Die beste Reputation genießt die Polizei, der vier von fünf Bürgern (81 Prozent) sehr großes oder großes Vertrauen entgegenbringen. Hohe Achtung erfährt zudem das Bundesverfassungsgericht mit 73 Prozent. Den gleichen Wert erzielt der Bundespräsident. Nach ihm rangiert mitinigem Abstand die Bundeswehr mit einem Anteil von 59 Prozent wohlwollenden Äußerungen. Die in den letzten Wochen bekannt gewordenen Skandalfotos aus Afghanistan haben dem Ansehen der Truppe insgesamt offenbar nicht geschadet. Die Bundeskanzlerin kann besonderen Respekt von 45 Prozent der Bürger für sich verbuchen.

ARD-DeutschlandTREND: Institutionenvertrauen									
Infratest dimap									
Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel Vertrauen Sie in sie haben.									
"sehr großes/großes Vertrauen"									
	Feb 1998	Jan 2000	Jan 2001	Okt 2001	Apr 2002	Jan 2003	Jun 2004	Jan 2005	Nov 2006
Polizei	77	81	80	78	72	-	78	-	81
BVerfG	70	75	76	76	70	68	73	74	73
Bundeswehr	59	65	56	56	48	-	55	-	59
Gewerkschaften	43	38	39	37	34	26	26	-	26
Presse	40	47	37	31	30	-	33	-	34
Fernsehen	39	49	39	30	32	-	28	-	33
Bundestag	36	49	54	52	36	36	41	33	33
Kirchen	33	35	35	32	34	-	36	-	38
Bundesregierung	31	47	52	52	30	25	26	32	28
Großunternehmen	28	32	37	27	21	-	18	20	14
Politische Parteien	25	24	34	26	15	14	17	16	14
Bundespräsident	-	-	-	-	-	-	-	73	73
Bundeskanzlerin	-	-	-	-	-	-	-	-	45

November 2006 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland

Diesem Spitzenbereich folgen vier weitere Institutionen, die allerdings nur noch das Vertrauen von jeweils rund einem Drittel der Bevölkerung genießen. Dazu gehören die Kirchen (38 Prozent), die Presse (34 Prozent) sowie das Fernsehen und der Bundestag (jeweils 33 Prozent).

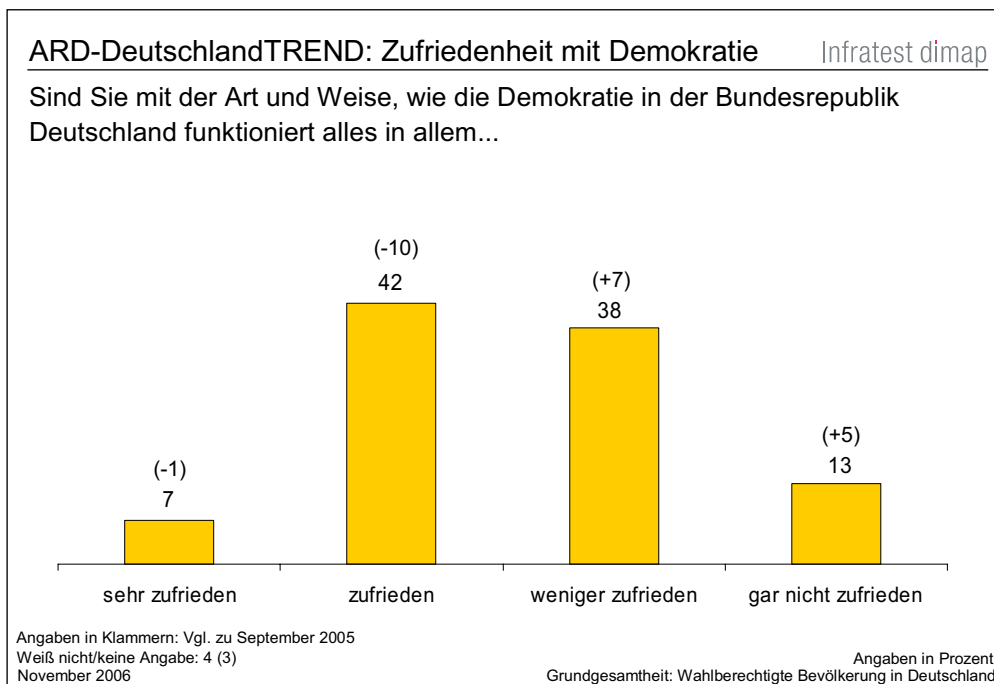
Die Bundesregierung verdient nach Meinung von lediglich 28 Prozent besondere Wertschätzung. Die Gewerkschaften stehen mit 26 Prozent Zustimmung auch nicht besser da, wenn es um das Vertrauen geht, das ihnen entgegengebracht wird.

Am unteren Ende der Skala rangieren die Großunternehmen und die politischen Parteien, die sich jeweils des Vertrauens von nur 14 Prozent der Bürger gewiss sein können.

Während Polizei und Bundesverfassungsgericht im Verlauf der letzten Jahre Ansehen hinzugewinnen konnten, verloren die Gewerkschaften, Großunternehmen und die politischen Parteien massiv Vertrauen.

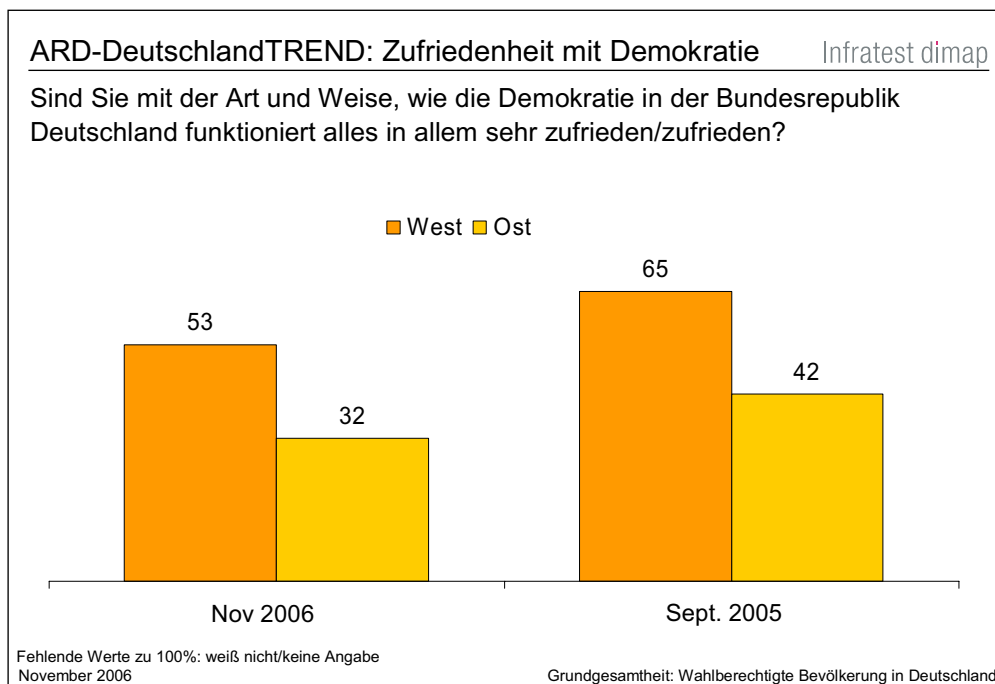
Jeder Zweite mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden

Die Art und Weise, wie die Demokratie hierzulande im politischen Alltag funktioniert, gibt vielen Bürgern Anlass zur Kritik. Mit der Leistungsfähigkeit des politischen Systems in Deutschland zeigen sich 7 Prozent rundum zufrieden und bei weiteren 42 Prozent überwiegen die positiven Einschätzungen. Dagegen erklären 38 Prozent, sie seien weniger zufrieden. Nach Ansicht von 13 Prozent besteht in dieser Hinsicht sogar Anlass zu massiver Kritik.



Noch vor gut einem Jahr, im September 2005, hat die gleiche Frage deutlich positivere Ergebnisse erbracht. Damals bekundeten noch 60 Prozent ihr völliges oder zumindest überwiegendes Einverständnis mit der politischen Praxis, wie sie sich in der Bundesrepublik vollzieht, während 39 Prozent eher Unzufriedenheit zum Ausdruck brachten. Fast gleich lautende Werte wurden auch im Jahr 2002 gemessen.

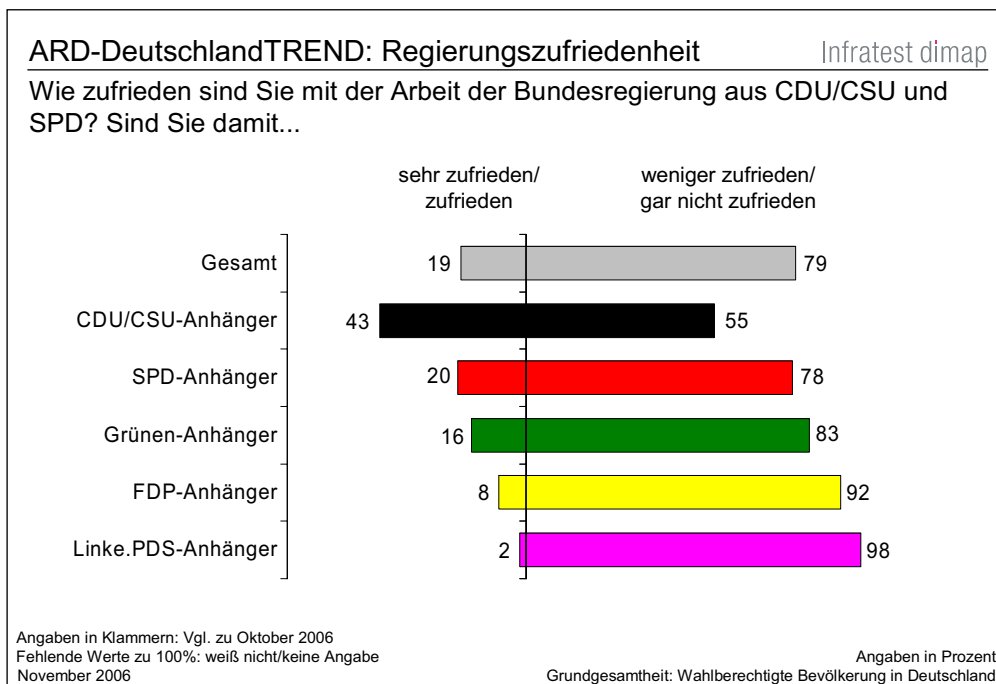
Bei der Zufriedenheit mit der Demokratie tritt ein erhebliches West-Ost-Gefälle zu Tage. Bei den Bürgern in den westlichen Bundesländern überwiegen die positiven Urteile mit 53 Prozent noch knapp die kritischen Stimmen mit 46 Prozent. In den neuen Ländern sind hingegen lediglich 32 Prozent mit dem Funktionieren unserer Demokratie zufrieden; 68 Prozent äußern mehr oder minder heftigen Unmut darüber.



Eine entscheidende Rolle bei der Bewertung der politischen Praxis in Deutschland spielt die eigene soziale Lebenslage. Wer über einen niedrigen Bildungsabschluss bzw. ein geringes Einkommen verfügt, zeigt sich auch mit der Leistungsfähigkeit des politischen Systems in überwiegendem Maße unzufrieden.

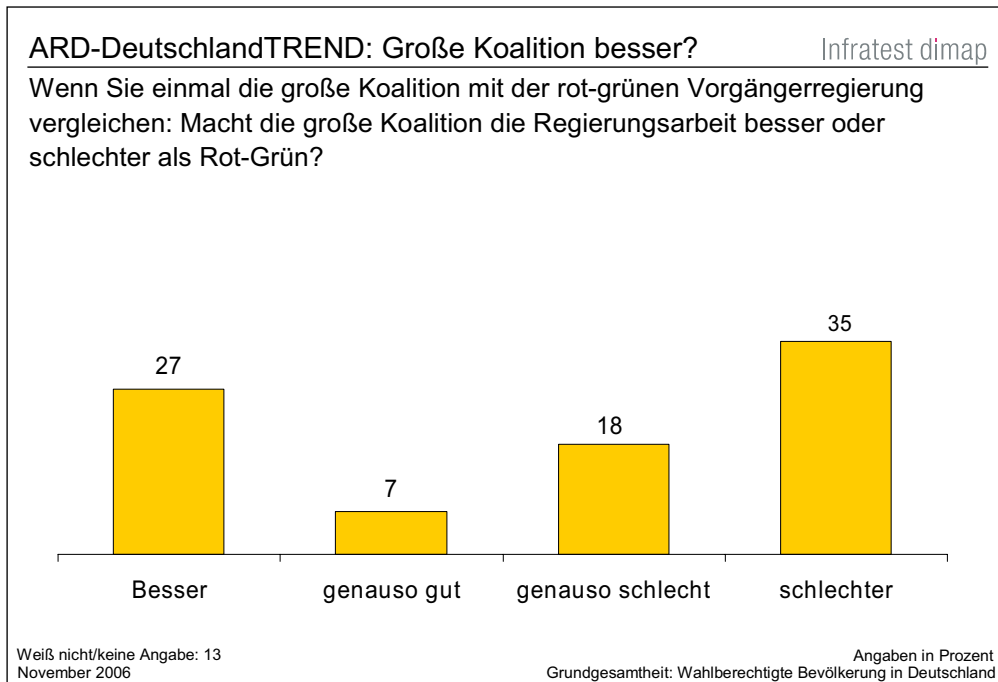
Zufriedenheit mit der Regierung weiter auf Tiefstand

Das Ansehen der Bundesregierung befindet sich weiterhin im Tief. Wie im Vormonat ist derzeit nur ein Fünftel der Bevölkerung sehr zufrieden (1 Prozent) bzw. zufrieden (18 Prozent) mit der Arbeit des Kabinetts. Vier Fünftel äußern sich hingegen kritisch (50 Prozent) bzw. völlig ablehnend (29 Prozent). Die Bewertung der aktuellen Regierungsarbeit ist somit weiterhin schlechter als in den letzten Monaten der rot-grünen Regierung.



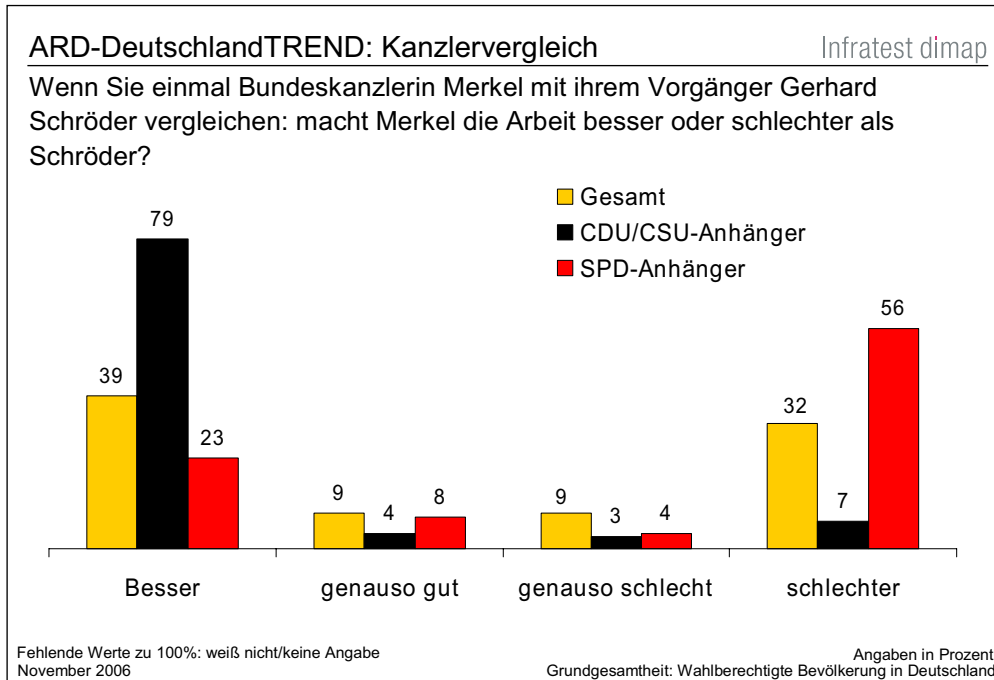
Auch im Lager der Regierungsanhänger wird die Leistung des Kabinetts mehrheitlich negativ beurteilt. Dies gilt für die Unions-Anhänger, bei denen 55 Prozent unzufrieden sind, mehr noch aber für die SPD-Anhänger, die sogar zu 78 Prozent das Bündnis der Volksparteien kritisch bewerten.

Im direkten Vergleich der Koalition aus Union und SPD mit der Vorgängerregierung ist nur ein Viertel (27 Prozent) der Meinung, dass die Merkel-Regierung eine bessere Arbeit als die Regierung Schröder macht. Eine relative Mehrheit von 35 Prozent sieht hingegen eine Verschlechterung der Kabinettsarbeit nach dem Regierungswechsel. Rund ein Viertel sieht weder im positiven (7 Prozent) noch im negativen Sinne (18 Prozent) Veränderungen in der Qualität der Regierungstätigkeit.



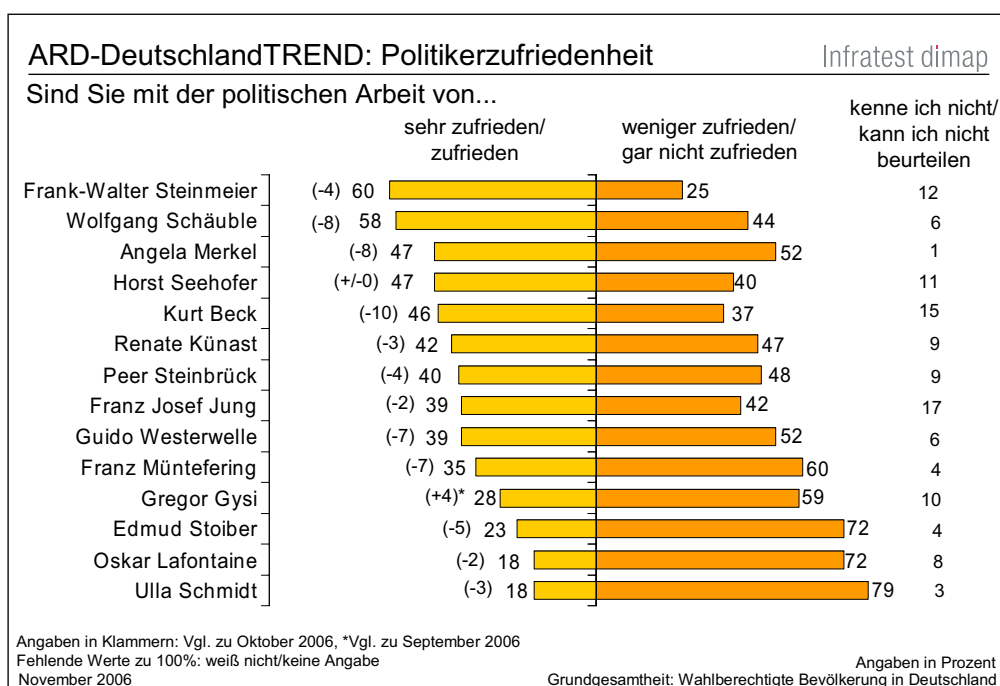
Bei den Anhängern der Kabinettsparteien ist die Beurteilung gegensätzlich: In Reihen der Union sind knapp zwei Drittel (63 Prozent) der Meinung, dass die Regierungsgeschäfte jetzt besser bewältigt werden als von Rot-Grün – für gut jeden zweiten sozialdemokratischen Anhänger (54 Prozent) hat das SPD/Grüne-Bündnis die bessere Arbeit gemacht.

Im direkten Vergleich der Regierungsspitze schneidet die amtierende Regierung as besser ab. 39 Prozent sind der Auffassung, dass Merkel ihre Sache besser macht, 32 Prozent haben Gerhard Schröder in besserer Erinnerung. Knapp ein Fünftel (18 Prozent) sieht keinen großen Unterschied zwischen den beiden.



Ansehensverluste für die meisten Politiker

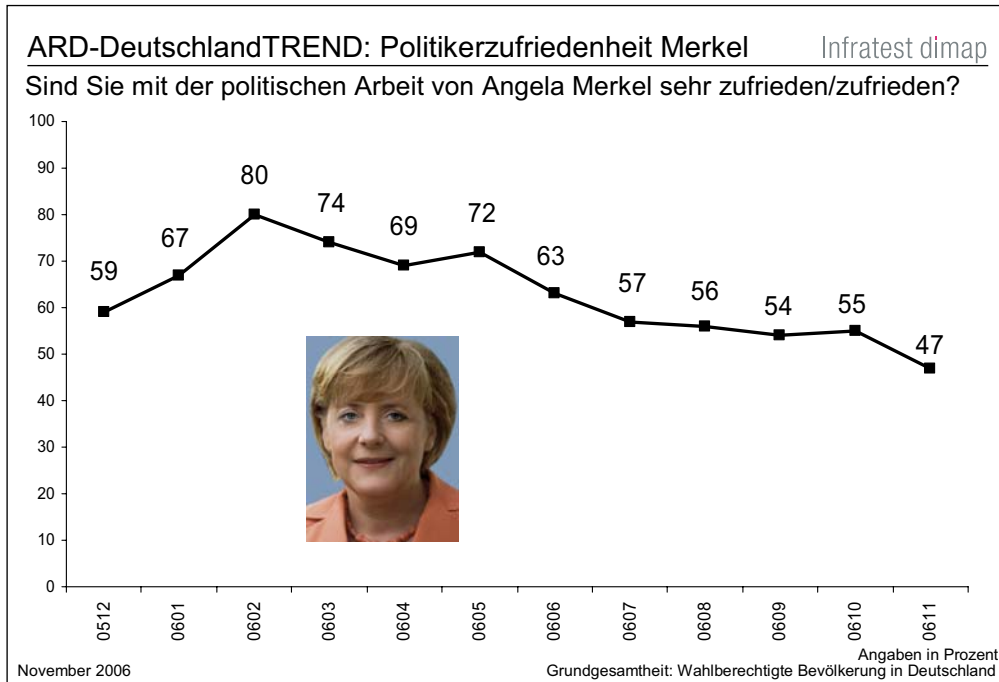
Fast alle Politiker in diesem Monat Ansehensverluste hinnehmen. Eine der beiden Ausnahmen ist Horst Seehofer, mit dessen Arbeit als Landwirtschaftsminister weiterhin 47 Prozent der Bürger zufrieden sind. Die zweite Ausnahme ist Gregor Gysi: Der Fraktionschef der Linkspartei.PDS bekommt derzeit von 28 Prozent gute Noten, ein Plus von 4 Punkten im Vergleich zum September. Allerdings platziert er sich mit dieser Bewertung weiterhin auf einem der hinteren Ränge, weil er bei einer deutlichen Mehrheit (59 Prozent) keinen Rückhalt findet.



Spitzenreiter der in diesem Monat abgefragten Politiker ist Außenminister Frank-Walter Steinmeier mit 60 Prozent wohlwollenden Urteilen. Weil sein Verlust mit 4 Punkten geringer ausfällt als der des Innenministers, rutscht Wolfgang Schäuble (58 Prozent, -8) knapp hinter seinen Kabinettskollegen auf Platz 2. Mit deutlichen Abstand folgen nahezu gleichauf Bundeskanzlerin Angela Merkel (47 Prozent, -8), Seehofer und der SPD-Vorsitzende Kurt Beck (46 Prozent, -10). Während Beck damit den stärksten Verlust aller Politiker in diesem Monat verkraften muss, erzielt Merkel den schlechtesten Wert seit ihrem Amtsantritt im November letzten Jahres.

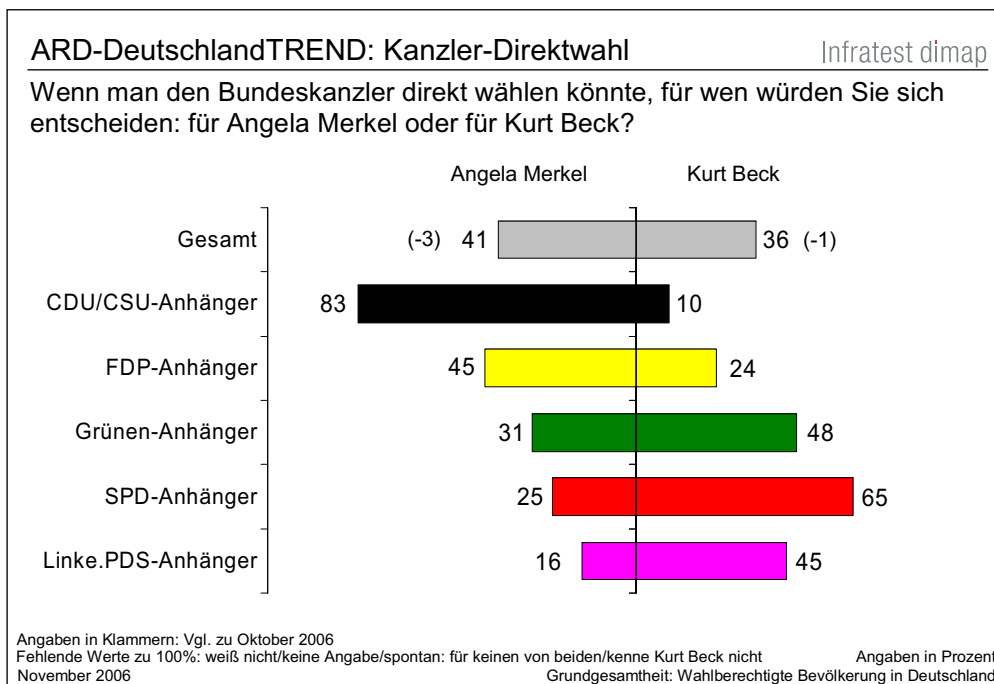
Das Mittelfeld wird von der grünen Oppositionspolitikerin Renate Künast (42 Prozent, -3) angeführt, gefolgt von Finanzminister Peer Steinbrück (40 Prozent, -4), dem in den letzten Tagen stark in der Kritik stehenden Verteidigungsminister Franz Josef Jung (39 Prozent, -2) sowie FDP-Chef Guido Westerwelle (39 Prozent, -7) und Arbeitsminister Franz Müntefering (35 Prozent, -7).

Gregor Gysi kann sich deutlich vor seinem Fraktionskollegen Oskar Lafontaine (18 Prozent, -2) und auch vor dem CSU-Chef Edmund Stoiber (23 Prozent, -5) platzieren. Schlusslicht der Rangliste ist weiterhin Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (18 Prozent, -3).



Kanzlerdirektwahl: Merkel fünf Punkte vor Beck

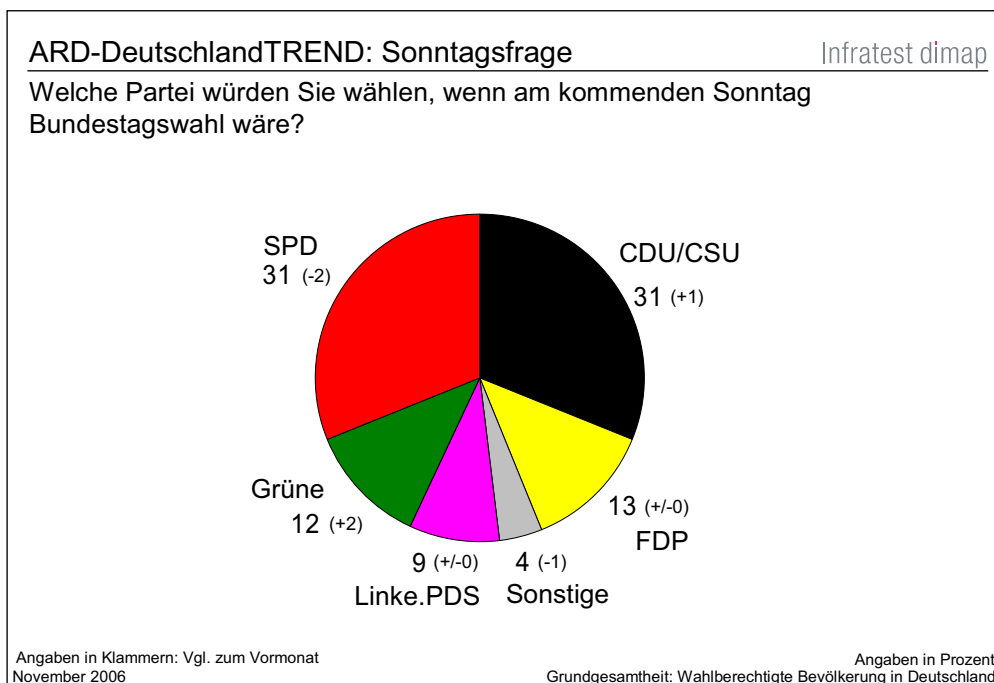
Wenn die Bundesbürger den Kabinettschef direkt bestimmen könnten, würden derzeit 41 Prozent für die Amtsinhaberin votieren, 37 Prozent für den SPD-Chef Beck. 17 Prozent können oder wollen sich für keinen der beiden entscheiden. Gegenüber dem Vormonat verliert Merkel etwas mehr Zuspruch als ihr möglicher Herausforderer, so dass sich ihr Vorsprung von 7 auf 5 Punkte verringert.



Die Analyse der Parteianhängerschaften zeigt, dass der Rückhalt Merkels in ihren Reihen deutlich stärker ist (83 Prozent) als die Unterstützung Becks bei den sozialdemokratischen Anhängern (65 Prozent).

Sonntagsfrage: Union und SPD gleichauf

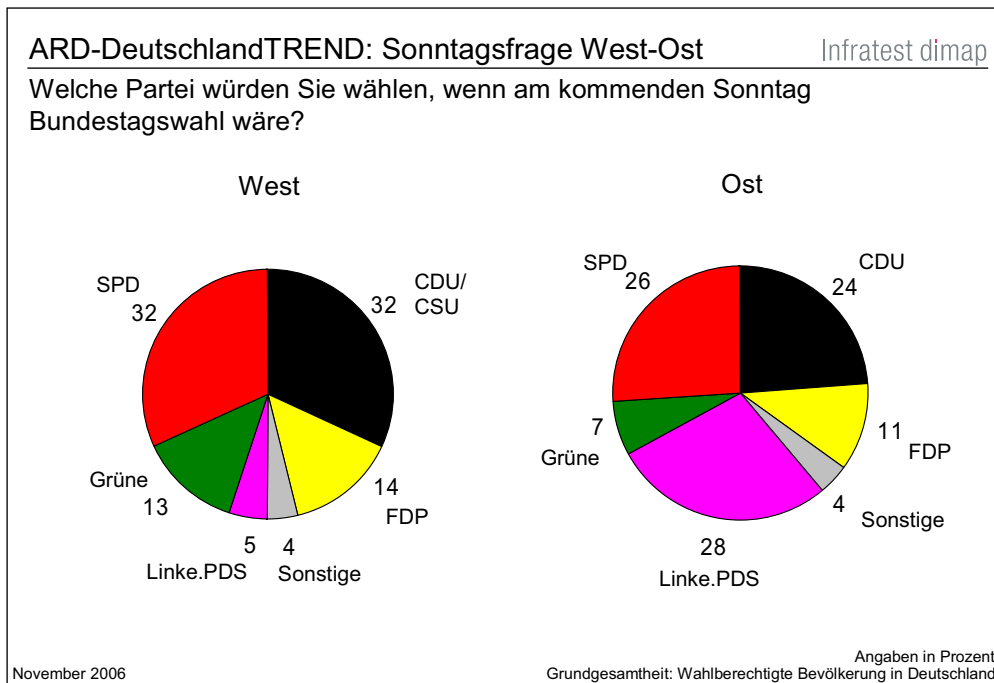
In der aktuellen politischen Stimmung liegen die beiden großen Parteien Kopf-an-Kopf. Wenn bereits am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, kämen CDU/CSU und SPD auf jeweils 31 Prozent. Für die Union bedeutet dies im Vergleich zum Vormonat ein leichtes Plus von einem Punkt, für die Sozialdemokraten ein Minus von zwei Punkten. Die FDP käme erneut auf einen Stimmenanteil von 13 Prozent. Auch die Linkspartei.PDS kann ihren Wähleranteil von 9 Prozent halten. Die Grünen können sich durch ein Plus von 2 Punkten auf derzeit 12 Prozent der Stimmen verbessern. Für die Ökopartei ist dies der beste Wert seit Januar 2005. Alle anderen Parteien kämen zusammengenommen auf 4 Prozent der Stimmen.



Der Anteil der beiden Volksparteien ist damit wieder auf den Tiefstand vom September gesunken. Außer einer großen Koalition würden aber nur Drei-Parteien-Bündnisse über eine Mehrheit im Parlament verfügen.

Derzeit ist die Verunsicherung bei den Wahlberechtigten besonders groß – der Anteil der Unentschiedenen und Nichtwähler erreicht mit 36 Prozent erneut einen Höchststand in der laufenden Legislaturperiode. Vor allem Personen, die bei der Bundestagswahl Union oder SPD wählten, sind derzeit massiv verunsichert.

Auch in den alten Bundesländern liegen CDU/CSU und SPD gleichauf mit jeweils 32 Prozent. Die FDP könnte hier 14 Prozent erreichen, knapp vor den Grünen mit 13 Prozent. Die Linkspartei.PDS käme im Westen auf 5 Prozent.



In den neuen Bundesländern wäre die Linke mit 28 Prozent derzeit stärkste Kraft, vor der SPD mit 26 Prozent und der CDU mit 24 Prozent. Auch im Osten kämen die Liberalen mit 11 Prozent auf einen zweistelligen Stimmenanteil. Die Grünen würden 7 Prozent erreichen.

Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Zum einen legen sich immer mehr Wähler kurzfristiger vor einer Wahl fest, zum anderen hat die Bedeutung der letzten Wahlkampfphase mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern durch die Parteien zugenommen.